

Sessionsbericht des Grossen Rates

Februarsessions 12.02. bis 14.02.2024

In der Februarsession stand das Regierungsprogramm für den Zeitraum 2025 – 2028 mit den 11 Regierungszielen und den finanzpolitischen Richtwerte im Vordergrund. Dies ist ein wichtiges Führungsinstrument für die Regierung mit den entsprechenden finanziellen Leitplanken.

Im Weiteren galt es, mit der Teilrevision des Krankenpflegegesetzes die Umsetzung der am 28. Nov. 2021 angenommenen Pflegeinitiative entsprechend der Bundesverfassung Art. 117b gesetzlich zu verankern.

Neben den Sachgeschäft wurden noch die gewählten Richterinnen und Richter des Obergerichts durch den Grossen Rat vereidigt, ein Antrag der SP auf Direktbeschluss und einen Teil der traktandierten Aufträge und Anfragen behandelt.

Anwesende FDP-Stellvertreter: Martin Bundi für Grossrat Johann Baptist von Tscharner und Christian Kindschi für Grossrat Norbert Mittner.

Regierungsprogramm:

Das Regierungsprogramm 2025 – 2028 enthält total 11 Regierungsziele und 30 Entwicklungsschwerpunkte. Grossrat Maurizio Michale erwähnte als Mitglied der Kommission für Staatspolitik und Strategie (KSS), dass das vorliegende Regierungsprogramm mit Abstand eines der zufriedenstellendsten ist und bezeichnet es geradezu als ein Manifest für die dezentrale Besiedelung. Damit dies sichergestellt werden kann, braucht es aber die richtigen raumplanerischen Rahmenbedingungen. Die Voten unserer Grossräte Loi und Luzio weisen darauf hin, dass es für eine dezentrale Besiedelung auch in den peripheren Regionen genügend Bauland braucht. Mit der heutigen Gesetzgebung wird dies verhindert und eben nicht gefördert.

Finanzplan und finanzpolitische Richtwerte

Die Regierung unterbreitet einen Finanzplan 2025 bis 2028 mit Aufwandsüberschüssen im Rahmen von CHF 124 Mio. im Jahr 2025 bis CHF 150 Mio. im Jahre 2028. Die Gründe für die Defizitzunahmen sind vorwiegend auf den Anstieg der Investitionsbeiträge ans Gemeinwesen und Dritte, der Reduktion des Kantonalen Steuerfusses und den Rückgang der Ressourcenausgleichszahlungen aus dem Finanzausgleich zurückzuführen.

Ein Rückgang der Ressourcenausgleichszahlungen basiert hauptsächlich auf einer gestiegenen Ressourcenstärke des Kantons Graubünden. Aus Sicht der FDP kann dies durchaus positiv gewertet werden. Es zeigt die Früchte der FDP-Steuerpolitik der letzten Jahre.

Aufgrund der Überschüsse und des bevorstehendes Jahresergebnisses 2024 geht der Kanton davon aus, dass beim Start in die Finanzperiode 2025 bis 2028 ein frei verfügbares Eigenkapital im Umfang von CHF 850 Mio. zur Verfügung stehen werde.

Für die FDP-Fraktion ist es zentral, dass die zu viel eingenommenen Steuereinnahmen an die Bürgerinnen und Bürger zurückfliessen. Mit der Steuerfussreduktion um 5% in der vergangenen Dezember Session wurde ein erster Schritt dafür gemacht.

Der Richtwert 1 sieht vor, dass der budgetierte Aufwandsüberschuss von CHF 50 Mio. nicht überschritten werden darf. Dieser starre Richtwert kann temporär gelockert werden, solange das frei

verfügbar Eigenkapital über CHF 300 Mio. liegt. Die FDP-Fraktion ist mit dieser gezielten temporären Erhöhung des Richtwerts einverstanden. Es ist für die FDP-Fraktion zentral, dass die Erhöhung nicht einfach in den allgemeinen Ausgaben der Staatsausgaben aufgeht. Sollte der vorgeschlagene Mechanismus nicht zur Reduktion des Eigenkapitals führen, sollen weitere Steuersenkungen geprüft werden. Der Minderheitsantrag der SP-Kommissionsmitglieder möchte den budgetierten Aufwandsüberschuss an die durchschnittlichen Abweichungen zwischen Budget und Rechnung im Durchschnitt der letzten 10 Jahre binden. Dies würde dazu führen, dass das budgetierte Defizit rund CHF 125 Mio. betragen dürfte. Die FDP-Fraktion folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und der Regierung, welcher sich im Rat klar mit 87 zu 27 Stimmen durchsetzt.

Beim Richtwert 6 begrüsst die Fraktion besonders, dass Stellen zur Bewältigung neuer Aufgaben in erster Linie durch interne Verschiebungen bereitzustellen sind.

Die Fixierung der Zunahme der budgetierten Lohnsumme von 1 %, bezogen auf den Durchschnitt über die vier Planjahre, hat fraktionsintern zu einigen Diskussionen geführt. Die SVP stellt den Antrag, diesen Wert auf max. 0.5 % festzusetzen. Die FDP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den SVP-Antrag. Der Rat folgt jedoch dem Antrag der Kommission und Regierung.

Bei den restlichen Richtwerten folgt die Fraktion den Anträgen der Kommission und der Regierung. In der Schlussabstimmung genehmigt der Grosse Rat die finanzpolitischen Richtwerte einstimmig.

Teilrevision des Gesetzes über die Förderung der Krankenpflege und Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen

Bei dieser Vorlage geht es um die Umsetzung der der Pflegeinitiative, was im Rat als unbestritten galt. Zu diskutieren gab jedoch der zusätzliche über Bundesvorgaben gehende Art. 45 a Abs. 1 Lit c., bei welchem auch die Lernenden Fachangestellte Gesundheit (FaGe) EFZ mit einem Ausbildungsbeitrag unterstützt werden sollen. Die Kommissionsmehrheit sieht in der Aufnahme von diesem Artikel speziell für den Ausbildungsbereich der FaGe EFZ eine Ungleichheit gegenüber allen anderen Berufen im Gesundheitswesend und allen anderen Branchen, welche ebenfalls vor der Herausforderung stehen, genügend Fachkräfte auszubilden. Die Ratsmehrheit folgt jedoch entgegen der grossmehrheitlichen Haltung der FDP-Fraktion der Kommissionsminderheit, welche den Streichungsantrag ablehnt. Somit werden den Institutionen für die berufliche Grundausbildung FaGe EFZ jährlich ein Gesamtbetrag von total Fr. 828'000.-, d.h. Fr. 1800.-pro Lernenden und Jahr, zur Verfügung gestellt. In der Schlussabstimmung wird die gesamte Teilrevision einstimmig überwiesen.

Antrag Bachmann auf Direktbeschluss betreffend Erstellung eines audiovisuellen Archivs der Debatte des Grossen Rates

Gemäss Öffentlichkeitsprinzip ist es möglich die Ratsdebatte per Livestream mitzuverfolgen. Der Antrag fordert, dass die Debatte auch nachträglich in Bild und Ton via Internet abrufbar ist. Die Präsidentenkonferenz hat das Anliegen geprüft und stellt den Antrag, dieses als erheblich zu erklären. Der Rat beschliesst die Erheblichkeit und setzt für die Vorberatung die Präsidentenkonferenz als Kommission ein.

Resolution Produktionsanpassungen der Rhätischen Bahn AG

Diese wurde von Grossrat Crameri aufgrund der temporären Produktionsanpassungen der RhB infolge des Lokführermangels eingereicht. Ab 11. März 2024 verkehren die RE 4-Züge zwischen Landquart und Scuol-Tarasp nur bis Sagliains (Reisende steigen in Sagliains auf die Züge Pontresina – Scuol-Tarasp um) und die Züge zwischen Davos und Filisur werden grundsätzlich durch Ersatzbusse geführt. Zu Anpassungen kommt es auch bei den Randzeitenzügen zwischen Chur und Arosa, bei den Zusatzzügen zwischen Chur und Arosa in der Sommersaison, bei den Randzeitenzügen zwischen Ilanz/Glion und Disentis/Mustér und zwischen Thusis-Rhazüns-Schiers. Der Erlebniszug Ruinaulta entfällt gänzlich. So war es nicht erstaunlich, dass sich die Grossrätinnen und Grossräte aus den betroffenen Regionen, von der FDP-Fraktion waren dies FDP Grossrätin Yvonne Altmann, Arosa und Grossrat Felix Schutz, Filisur, sehr kritisch zu diesen Massnahmen äusserten. Auch unsere Grossrätin und Verwaltungsrätin der RhB Vera Stiffler nahm sachlich Stellung zur aktuellen Situation. Grossrätin Kocher vertritt die Haltung der FDP und kritisiert unter anderem das gewählte Mittel einer Resolution, welches als Mittel bei wichtigen Landesangelegenheit eingesetzt werden kann. Im vorliegenden Falls wäre eine dringliche Anfrage das geeignetere Mittel gewesen.

Die Resolution fordert unter anderem, dass die Anpassungen nochmals kritisch zu hinterfragen sind und Massnahmen ergriffen werden, dass das Angebot möglichst wie bestellt gewährleistet wird.

Die GLP stellt den Antrag, die Resolution nur mit der Forderung zu überweisen, dass insbesondere die Einschränkungen für diejenigen Reisenden, welche auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind (Pendlerinnen und Pendler, Schülerinnen und Schüler), möglichst gering ausfallen. In der ersten Abstimmung setzt sich der Antrag der GLP klar durch. In der Schlussabstimmung überweist der Rat die Resolution entgegen der Haltung der FDP-Fraktion knapp mit 51 zu 49 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Aufträge

Der **Fraktionsauftrag der SVP betreffend Förderung von offenen Verwaltungsdaten** wurde vom Rat nicht überwiesen.

Der **Auftrag Spagnolatti betreffend dringende Massnahmen zur Sicherung der Kantonsstrasse ins Calan-catal** wurde vom Rat im Sinne des eingereichten Auftrages einstimmig überwiesen.

Fragestunde

Total wurde 13 Fragen eingereicht. Darunter waren einige Fragen betreffend dem Angebotsabbau der RhB und betreffend Regulierung des Wolfbestandes zu beantworten.

Tomils, 15.02.2024

Werner Natter
Grossrat /Geschäftsführer

Christof Kuoni
Fraktionspräsident